

Strompreise auf Rekordhoch: Noch stärkerer Anstieg als befürchtet

Die Strompreise kennen seit langem nur eine Richtung: aufwärts! Immer schneller, immer deutlicher. Jetzt der Schock für viele Familien: Die Bundesregierung hat in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion offizielle Zahlen vorgelegt und das wahre Ausmaß der Strompreissteigerung bekannt gegeben. In den vergangenen zehn Jahren stieg der Strompreis für Haushalte und Industrie um ein Drittel an. Laut [Augsburger Allgemeine](#), die aus dem Papier zitiert, sei der Strompreis von 2009 bis 2019 um 35 Prozent teurer geworden. Das bedeutet für einen typischen Haushalt mit 4.000 kWh pro Jahr allein 320 Euro an Mehrkosten für Strom.

Das ist sogar [mehr](#), als die verschiedenen Vergleichsportale bisher kalkuliert hatten.

Am teuersten sind die sogenannten Grundversorger, die 27 Prozent aller Privathaushalte mit Strom beliefern. Deren Preise erhöhen sich in diesem Jahr in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Allerdings fällt der Unterschied mit etwa zwölf Prozent zu den alternativen Anbietern nicht übermäßig hoch aus.

Die [BILD](#) drückt es drastisch aus: »Die Strompreiswelle überrollt Deutschland! Nun ziehen auch die Energieriesen Innogy, RheinEnergy und Vattenfall die Preise an und erhöhen um acht Prozent.«

Betroffen sind Millionen von Haushalten.

Damit ist der Strompreis nirgendwo mehr so hoch wie in Deutschland. Eine Kilowattstunde Strom kostet jetzt durchschnittlich 30,03 Cent. Die Experten beim Vergleichsportal Verivox gehen davon aus, dass die Preise in diesem Jahr noch weiter steigen werden. Der Grund ist einfach: Deutschland leistet sich die Energiewende. Jeder Stromverbraucher bezahlt mit der sogenannten EEG-Umlage den Aufbau der unzuverlässigen und extrem teuren »erneuerbaren Energien« mit und damit auch die Zerstörung der bisherigen sicheren und preiswerten Energieversorgung.

Kein vernünftiger Mensch würde in großem Stil Windräder in Deutschland aufstellen. Der Ertrag an Strom ist einfach zu gering und zu unzuverlässig. Wenn, ja, wenn er nicht mit mehr Geld zugekleistert werden würde.

So bekamen laut Bundesregierung im Jahre 2018 Windradbetreiber allein insgesamt 635 Millionen Euro als Entschädigung, weil sie ihren Strom nicht in die Netze einspeisen konnten. Er wurde gerade nicht benötigt.

Diese »Entschädigung« wird im Jahr 2019 noch drastischer ausfallen, denn allein im ersten Quartal wehte kräftiger Wind; die Windräder lieferten so viel Strom – allerdings zur Unzeit, er konnte nicht mehr verwendet, sogar nicht einmal in Nachbarländer verschenkt werden. Dennoch bekommen die Windradbetreiber dafür insgesamt schon einmal 364 Millionen Euro, wie die

Bundesnetzagentur sagt.

Ein ideales Modell für jeden Bäcker: Er könnte Entschädigung für Brötchen fordern, die er nicht geliefert hat. Motto: Ihr hättet ja welche essen können! Die FDP-Politikerin Sandra Weeser erklärte: „Wir haben hier eine extrem unsoziale Umverteilung.« Die schwächsten Bürger würden beim Strompreis genauso belastet wie die starken.«

Sie sieht außerdem die Attraktivität des Standorts Deutschland in Gefahr: »Wir können bei unserem hohen Lohnkostenniveau nicht die Produktionskosten auch noch beim Strom immer weiter verteuern, wenn wir die Industrie im Land halten wollen.«

Sie könnte allerdings als effektive Lösung vorschlagen, die Windräder einfach abschalten, das käme wesentlich billiger und wäre sozial gerecht sowie gut für die produzierende Industrie.

Jenes sogenannte EEG-Programm erweist sich damit weiter als gigantische Umverteilungsmaschine. Die ruft wieder die Profiteure auf den Plan – erkennbar an den Ergebnissen der Solarausschreibung der [Bundesnetzagentur](#). Ausgeschrieben waren 500 MW Leistung für Solaranlagen, abgegeben wurden Gebote über insgesamt 1.344 MW. Also eine 2,7 fache Überzeichnung. Die Agentur hat Mitte Januar »121 Gebote für eine zu errichtende Solarleistung von 501 MW« bezuschlagt.

Das bedeutet: noch mehr Photovoltaikanlagen für lächerlich geringe Benutzungsstunden und noch höhere EEG-Entgelte. Und sogar noch mehr CO₂-Ausstoß jener konventionellen Kraftwerke, die dann Strom liefern müssen, wenn die Sonne nicht scheint und Deutschland dennoch nicht auf Strom verzichten mag. Die sehr häufigen An- und Abfahrvorgänge der großen Kraftwerke sorgen außerdem für zusätzlichen CO₂-Ausstoß – neben einer schnelleren Alterung der Technik. Damit steigen deren Betriebskosten.

Das Interesse an jenem risikolosen, als Weltklimaretter getarnten Absahnen ist weiterhin gewaltig. Wie lange werden das die ausgenommenen Bürger noch mitmachen?

Der Beitrag erschien zuerst bei [TE hier](#)